

**16. Landtag von Baden-Württemberg, 78. Sitzung**  
**Mittwoch, 12. Dezember 2018, 09:00 Uhr**

## **Rede**

Frau Sylvia Felder MdL

### **zur Aktuellen Debatte**

## **Kinder und Familien vor linksideologischen Einflüssen schützen – gegen sozialdemokratische Abtreibungspläne und Gesinnungsprüfungen im Kindergarten**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sylvia Felder MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Da muss man schon zweimal hinschauen und ganz langsam lesen. Die AfD-Fraktion meldet folgenden Satz – na ja, ein Satz ist es eigentlich noch nicht mal – als Thema für die heutige Debatte: „Kinder und Familien vor linksideologischen Einflüssen schützen – gegen sozialdemokratische Abtreibungspläne und Gesinnungsprüfungen im Kindergarten“.

Soweit die – nennen wir es mal so – Wortzusammenstellung.

Meine Damen und Herren, dieser Titel ist ganz schweres Geschütz. Die Worte Abtreibung, Gesinnungsprüfung und Kindergarten in einem Satz unterzubringen, das ist eine sprachliche Leistung.

Da hat sich wohl jemand Scrapple unter den Weihnachtsbaum gewünscht. Hundert Punkte für AfD-Fragen-Bingo. Die Halbsätze sind wahrscheinlich beim Plakate malen übrig geblieben. Nimm ein paar Begriffe, mixe es und serviere es dann.

Der Sinn ist wie immer zweitrangig.

Der Sinn ist zweitrangig und klar, das wäre sonst auch nicht die AfD. Nur wo AfD draufsteht, kann kein Inhalt drin sein.

Zur Abwechslung bleiben heute einmal die Begriffe „Deutsch, Islam und Fremde“ in der rechten Garage. Also heute keine Höchstzahl im AfD-Scrapple.

Im Ernst, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD! Nicht alles, was aus den Echokammern der sozialen Medien zusammengetragen wird, ist auch schon ein politisches Konzept.

Und nicht jede schlechte Broschüre mit dem Vorwort einer Bundesministerin taugt zum Skandal. Wir halten fest: Es ist keine geplante Verfassungsänderung, kein Gesetzentwurf, keine Verordnung, es ist eine Broschüre. Eine Broschüre für Erzieherinnen und Erzieher, um in kritischen Situationen des Alltags einer Kindertagesstätte Anregungen und Hilfestellung für die eigene Arbeit zu erhalten. Mehr nicht.

Wir als CDU-Fraktion sind jedenfalls nicht bereit, uns an Ihrer Skandalisierung zu beteiligen.

Das Beispiel zeigt aber vielleicht auch, dass wir keinen Bedarf an mehr Berlin in der Bildungspolitik haben. Wir halten es nicht für akzeptabel, dass die wertvolle Arbeit, die Erzieherinnen und Erzieher tagtäglich in unseren Kindertageseinrichtungen leisten, derart diskreditiert wird.

Denn dort, in den Kindertagesstätten treffen zusammen die unterschiedliche Herkunft von Kindern – das passt Ihnen vielleicht nicht, aber es ist so –, die Verschiedenheit des jeweiligen Elternhauses, was Bildung, Erziehungsbild und natürlich auch Beschäftigung mit dem Kind angeht. In der Kita kommt die Lebenswirklichkeit zusammen. Hier erfahren Kinder oftmals die erste Sozialisation. Die Erzieherinnen und Erzieher sind die tragende Säule unserer frühkindlichen Bildung. Gerade wir in Baden-Württemberg haben diesem frühkindlichen Ansatz eine ganz besondere Aufmerksamkeit gezollt. Die ersten Lebensjahre sind die prägendsten. Darum ist es völlig legitim, zu sensibilisieren, ob besondere Problemstellungen im Elternhaus erkennbar sind, und dann natürlich auch thematisiert werden müssen.

Die Erzieherinnen und Erzieher vermitteln unseren Kindern wichtige Werte, fördern gezielt die kognitive und auch die körperliche Entwicklung und legen damit die Bausteine für die frühkindliche Bildung.

Diesen Pädagogen nun aufgrund einer als Informations- und Beratungsangebot gedachten Broschüre vorzuwerfen, sie würden sich für eine linksideologische Gesinnungsprüfung instrumentalisieren lassen, wird weder ihrem Selbstverständnis noch der Bedeutung ihrer Arbeit gerecht. Das ist nur eines: Das ist absurd.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der AfD, nur damit Sie mich nicht falsch verstehen, wir bekennen uns ausdrücklich zur politischen Neutralität in den Kindertageseinrichtungen, so, wie wir das im Übrigen auch in unseren Schulen tun.

Gleichzeitig umfasst aber der frühkindliche Bildungsauftrag natürlich aber auch die Aufgabe der Wertevermittlung.

Dazu gehört zweifellos – ich komme gerade dazu, Herr Merz – ein altersgerecht vermitteltes Verständnis für Menschenrechte, für Demokratie und – stellen Sie sich vor! – auch für gegenseitigen Respekt.

Lassen Sie mich hinzufügen: Ich habe großes Vertrauen in die Fachlichkeit und das demokratische Selbstverständnis, ja auch die geistige Eigenständigkeit unserer Erzieherinnen und Erzieher. Sie können ganz sicher ohne die künstliche Skandalisierung

der AfD die in Rede stehende Broschüre lesen, reflektieren und daraus auch die richtigen Schlüsse ziehen.

Die Erzieherinnen. Ich glaube auch, dass sie es richtig einschätzen – also auch wieder die Erzieher –, wenn etwas nicht stimmt und fragliche Anzeichen thematisiert werden müssen.

Lassen Sie mich zu den von Ihnen in der Überschrift der Aktuellen Debatte genannten „sozialdemokratischen Abtreibungsplänen“ kommen, was auch immer Sie damit meinen. Die Jusos haben auf ihrem Bundeskongress gefordert, die §§ 218 und 219 zu streichen. Vermutlich haben Sie davon gehört, weil Sie aus Versehen auf die Homepage der Jusos gelangt sind. Nun, dafür verspüre ich leichtes Verständnis. Man muss ja, um zu erkennen, was die SPD politisch will, mittlerweile bei den Jusos nachschauen.

Die Jusos, also sozusagen der politische Arm der SPD, appellieren auf ihrer Homepage in einem persönlichen Brief, der allerdings ein offener ist – sowohl in Form als auch in Inhalt –, an die Kabinettsmitglieder der SPD in der Bundesregierung und an die SPD-Parlamentarier, das Werbeverbot des § 219 a StGB, wie es heißt, „endlich aufzuheben“. Unterzeichnet ist dieser Aufruf ausschließlich von – zumindest den Vornamen nach – weiblichen Jusos. Oder sagt man dann „Jusis“?

Das heißt: Die Männer im politischen Maschinenraum der SPD haben die Mitwirkung wohl aufgegeben. Das ist nicht nur interessant, das stimmt auch nachdenklich.

Wörtlich steht da:

*Die Sozialdemokratie war in ihrer Geschichte immer wieder treibende Kraft im Kampf um die Rechte von Frauen.*

So weit, so respektabel. Respektabel! Aber was für ein eingeschränktes Sichtfenster? Nehmen Sie zur Kenntnis: Abtreibung ist kein Frauenrecht.

Da sind auch die Männer beteiligt.

Mehr noch, meine Damen und Herren. Es geht um das Leben eines Kindes.

Für mich, für uns als Christdemokraten ist völlig klar, dass es eine Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche nicht geben darf.

Dieses Verbot ist ein wichtiger Teil des schmerzhaft austarierten Kompromisses zwischen dem Schutz des ungeborenen Lebens auf der einen Seite und der Not ungewollt schwangerer Frauen auf der anderen Seite. Es gehört damit untrennbar zur Beratungslösung des § 218 a. Uns ist wichtig, dass jede schwangere Frau Zugang zu einer guten und wertschätzenden Beratung hat.

Nur dieses vertrauensvolle Gespräch wird der psychischen Belastung gerecht, die ein Schwangerschaftskonflikt für Frauen bedeutet. Ich fürchte aber, dass die gezielte Abschaffung des Werbeverbots ein weiterer Schritt auf dem Weg ist, aus einem Schwangerschaftsabbruch einen ganz normalen medizinischen Eingriff zu machen. Das ist es aber nicht. Wir dürfen nie vergessen, dass Leben beendet wird.

Der § 219 a StGB ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts integraler Teil des Schutzkonzepts. Der Logik dieser positiven Werbepflicht für das ungeborene Leben entspricht das Werbeverbot für die Abtreibung. Es schützt die Frauen vor manipulierten Informationen durch denjenigen, der mit Abtreibungen Geld verdient. Wir sehen dabei eine ganz besondere Verpflichtung, für die Schwächsten einzutreten, in diesem Fall für das ungeborene Leben. Diese Überzeugung gilt es gerade dann einzulösen, wenn sie infrage gestellt wird.

Der Bundesgesetzgeber wird sich mit dem Thema befassen, ich hoffe, im Sinne eines umfassenden Lebensschutzes.

Vielen Dank.